



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 12.04.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 15. April 2024

Fokusthemen: **Justiz und innere Angelegenheiten**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag versuchen, alle traktandierten Vorstösse zu behandeln, welche die Direktion der Justiz und des Innern betreffen. Sollte danach noch Zeit verbleiben, wird der Rat über die vorläufige Unterstützung von verschiedenen parlamentarischen Initiativen befinden.

Vorstösse zu Haft, Erben, Lohn, Rassismus, Unvereinbarkeit, Strafvollzug, Gleichheit, Kirche

Eine angeregte Diskussion ist zu den Antworten des Regierungsrates auf eine Interpellation von SVP-Kantonsrat Christoph Marty zu deliktischem Verhalten während Hafturlauben zu erwarten, die ursprünglich von Altkantonsrat Claudio Schmid eingereicht worden war ([KR-Nr. 395/2022](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Um Hinterbliebene in den teils rechtlich komplexen Fragen nach einem Todesfall besser zu unterstützen, fordert Grünen-Kantonsrätin Jeannette Büsser mit Unterstützung der SP, ein Erbteilungsamt zu schaffen ([KR-Nr. 27/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die GLP den Vorstoss ablehnt, wird über eine Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden.

SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig wünscht sich, unterstützt von GLP, Grünen und AL, ein Gesetz, mit dem die Durchführung von Analysen betreffend Lohngleichheit von Frauen und Männern geregelt wird ([KR-Nr. 82/2023](#)). Vom Gesetz betroffen sollen sämtliche Organisationen ab einer Grösse von 50 Angestellten sein. Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen.

Mit einem ursprünglich von SP-Altkantonsrätin Sarah Akanji eingereichten Postulat, das von Grünen, EVP und AL unterstützt wird, fordert SP-Kantonsrätin Mandy Abou Shoak einen kantonalen Massnahmenplan gegen Rassismus ([KR-Nr. 92/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, wird der Kantonsrat erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden.

Die Geschäftsleitung des Kantonsrates möchte den Regierungsrat beauftragen, die gesetzlichen Grundlagen bezüglich der Unvereinbarkeit im Zusammenhang mit der Ausübung von verschiedenen Ämtern systematisch zu überprüfen und zu vereinheitlichen und dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten ([KR-Nr. 209/2023](#)). Die Regierung beantragt Ablehnung der Motion.

Mit einem weiteren Postulat fordert Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, mit Unterstützung von SP, GLP und AL ein Pilotprojekt mit dem Ziel, die stationäre psychiatrische Versorgung von psychisch Kranken im Strafvollzug zu verbessern ([KR-Nr. 273/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, wird der Kantonsrat auch hier erst nach vorgängiger Debatte über die Überweisung entscheiden.

Mit einer Motion fordert SVP-Kantonsrat René Isler mit Unterstützung der EVP, dass Oberjugendanwältinnen und -anwälte betreffend Wahlfähigkeitszeugnis dieselben Voraussetzungen erfüllen müssen wie Staatsanwältinnen und -anwälte ([KR-Nr. 359/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen.

Ebenfalls ablehnen will die Regierung ein Postulat von SP-Kantonsrätin Patricia Bernet. Mit Unterstützung von FDP, Grünen und AL möchte diese den Regierungsrat einladen, in einem Bericht darzulegen, welche Konsequenzen aus den sexuellen Missbräuchen in der römisch-katholischen Kirche in Bezug auf das Verhältnis von Kirche und Staat zu ziehen sind ([KR-Nr. 403/2023](#)).

Christoph Marty (SVP, Zürich), 079 352 66 33
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56
Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67
Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), info@justhis.ch
GL-Referent: André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38
René Isler (SVP, Winterthur), 079 2201 53 32
Patricia Bernet (SP, Uster), 044 944 73 34

Parlamentarische Initiative zu Arbeitszeiten und Sozialhilfe

Sollte vor dem Sitzungsende noch Zeit verbleiben, wird der Kantonsrat einige parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der PI. Benjamin Walder, Kantonsrat der Grünen, fordert, unterstützt von SP, EVP und AL, für Assistenzärztinnen und -ärzte eine Höchstarbeitszeit von 42 Stunden pro Woche – plus vier Stunden Weiterbildung ([KR-Nr. 10/2024](#)). Und Grünen-Kantonsrätin Jeannette Büsser will mit Unterstützung von SP und AL die Pflicht für Sozialhilfebeziehende, zu einer günstigeren Krankenversicherung zu wechseln, streichen ([KR-Nr. 28/2024](#)).

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12